

## Newsletter der SPD-Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Liebe interessierte Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Newsletter wollen wir zukünftig die Parteimitglieder, aber auch die gesamte interessierte Öffentlichkeit einmal monatlich über die Themen der SPD-Fraktion informieren. In der Regel am Tag nach der Sitzung der Stadtverordneten wollen wir so kurz erläutern, wie wir uns positioniert haben und mit welchen Vorhaben wir uns befassen. Wir senden diese Informationen zunächst an alle, die bereits im Email-Verteiler der SPD registriert sind. Wir freuen uns aber über jeden weiteren Interessenten. Und wir freuen uns über jede neue Anregung, um unser Informationsnetz weiter zu verbessern oder auch um neue Themen aufzugreifen. Wir wünschen allen viel Spaß an der Stadtpolitik und viele neue Erkenntnisse!



Ihr /Euer

Ralf Holzschuher

Ralf Holzschuher  
**Einleitung**

*Liebe Freundinnen und Freunde des Newsletters!*

*Nach der Nachsitzung der SVV im März waren wir gestern immerhin schon um 22.30 Uhr fertig.*

*Neben zentralen Themen – wie dem Hauptbahnhof und dem Bebauungsplan Stärkefabrik – ging es auch um andere Dinge. So wurde über ein „Smiley-Verfahren“ als Auszeichnung für vom Gesundheitsamt nicht beanstandete Gaststätten diskutiert.*

*Sehr grundlegend befassten wir uns auch mit der Frage, ob die Stadtverordneten gesetzlich befugt sein könnten, der Verwaltung die Verwendung von Umweltpapier vorzuschreiben oder ob Tiemann einen solchen Beschluss wegen Eingriffs in ihre alleinige Kompetenz beanstanden muss.*

*Wer die Kunst des Schwätzens und der Wortklauberei erlernen möchte, sollte nicht versäumen, derartige Debatten einmal live mitzerleben. Da kann auch unser Newsletter nur unvollständig helfen.*

Thomas Reichel

## Endlich mehr Schulsozialarbeiter !

### SPD-Forderung beschlossen

Ab dem kommenden Schuljahr (2009/10) wird es an 5 Grundschulen unserer Stadt erstmals Schulsozialarbeiter/innen geben. Außerdem wird an der Pestalozzi-Förderschule eine weitere Stelle finanziert. Dies hat die SVV am 29.4.09 mit großer Mehrheit beschlossen.

Bereits 2007 hatten die Stadtverordneten auf Antrag der SPD die Stadtverwaltung aufgefordert, bis März 2008 eine umfassende Konzeption für Schulsozialarbeit in Brandenburg an der Havel zu erarbeiten. Nachdem die Verwaltung dies bis zum Frühjahr 2009 noch immer nicht fertig gebracht hatte, erarbeitete der Jugendhilfeausschuss, unter maßgeblicher Beteiligung von Dorte Kreuzer und Frank Gerstmann (beide SPD), eine Rahmenkonzeption für die Schulsozialarbeit, die nun durch die SVV beschlossen wurde. Bis zum Schuljahresbeginn im September verbleiben der Verwaltung und den freien Trägern 4 Monate, um die Stellen auszuschreiben und mit qualifiziertem Fachpersonal zu besetzen.

Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die Zahl der Schulabbrecher und Jugendlichen mit geringen sowie schlechten Schulabschlüssen zu reduzieren, die später kaum eine Chance auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz haben. Die präventive Schulsozialarbeit gilt als eine der effektivsten Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Daher ist es gut, dass wir es geschafft haben, diesen wichtigen Schritt endlich in der Stadtverordnetenversammlung durchzusetzen.

Ralf Holzschuher

## Entscheidung zum Hauptbahnhof im Mai

Mit Stimmen aus allen Fraktionen wurde die Entscheidung zur Umgestaltung am Hauptbahnhof einvernehmlich in die Mai-SVV vertagt.

Zuvor hatten die Fraktionen jeweils kurz ihre aktuelle Position dargelegt.

Die Thematik wird bekanntlich äußerst kontrovers diskutiert. In der Bevölkerung, bei den Stadtverordneten, aber auch in unserer Partei und Fraktion bestehen durchaus unterschiedliche Auffassungen, wie die richtige Gestaltung und Verkehrsanbindung sein soll. Das ist normal. Planungsfragen sind keine politischen Grundsatzfragen, die sich mit einem Parteiprogramm lösen lassen.

Dabei geht es keineswegs nur um die Lage der Straßenbahn. Zu klären ist auch die städtebauliche Situation nördlich des Zentrumsrings um den noch stehenden WOBRA-Block, die Verwendung des Bahnhofsgebäudes, die Neuordnung des Bahnhofsvorplatzes mit seinen Imbissbuden und Verkaufscontainern, der Sinn eines Parkhauses, die Lage der Fahrradstellplätze, die Größe des Bushaldebereichs und vieles mehr.

Die Fraktion hat sich dennoch eine einheitliche, öffentlich vertretene Auffassung erarbeitet:

Rein verkehrstechnisch halten wir die Verlegung der Straßenbahn vor den Bahnhof für die bessere Lösung. Allerdings wird dadurch eine städtebauliche akzeptable Neuordnung um das Bahnhofsgebäude nicht erreicht. Besser wäre es, den Bahnhof näher an die Straßenbahn zu führen. Durch einen Neubau, der von den Gleisen direkt an die Straße reicht, könnten einerseits die hässlichen Imbissbuden und Container verschwinden, andererseits der Weg zur Straßenbahn durch den Bahnhof erfolgen. Das Ziel ist dabei keineswegs der Abriss des alten Gebäudes. Ob dies ganz oder teilweise in einen Neubau integriert werden kann, wäre der Planung – gegebenenfalls nach einem Wettbewerb – vorbehalten.

Wir wollen aber nicht, dass unsere Variante zu einem Luftschloss wird. Würde nur der Platz vor dem Bahnhof freigehalten, ohne dass in den nächsten Jahren gebaut würde (das ist Variante C des Verwaltungsvorschlages) verschlechterte sich die ÖPNV-Anbindung und die städtebauliche Situation sogar.

Mit der Verwaltung muss daher in den nächsten Wochen geklärt werden, wie ein Investor für die Bebauung gefunden werden kann und ob gegebenenfalls mit Hilfe der Stadt selbst bauliche Maßnahmen gemacht werden können.

Wir werden zudem eine öffentliche Veranstaltung durchführen, voraussichtlich in der zweiten Maiwoche und möglicherweise in der alten Gaststätte im Bahnhofsgebäude. Eine genaue Einladung folgt noch.

Dirk Stieger

## Bebauungsplan für ehemalige Stärkefabrik beschlossen

### **Ansiedlung des SB-Markt und Fachmarktzentrams in der Neuendorfer Straße wird greifbar**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 29.04.2009 mehrheitlich die von der SPD-Fraktion mitgetragene Vorlage zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände der ehemaligen Stärkefabrik in der Neuendorfer Straße beschlossen.

Beschlussinhalt ist auch, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt wird. Die erst 2007 in das Baugesetzbuch eingefügte Vorschrift führt zu einer erheblichen Beschleunigung des Verfahrens und hat sich inzwischen allgemein bewährt, wenn es um die Wiedernutzbarmachung brachgefallener Gewerbeflächen im Innenbereich geht.

Der nun aufzustellende Bebauungsplan bildet dann die Genehmigungsgrundlage für die Errichtung eines Verbrauchermarktes mit ca. 3.900 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, von Fachmärkten mit ca. 2.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, von Dienstleistungsflächen mit ca. 2.650 m<sup>2</sup>, ca. 385 Parkplätzen sowie 2.860 m<sup>2</sup> Wohnfläche für Einfamilien- und Doppelhäuser. Zwischen dem Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort und den Wohnhäusern soll ein verkehrsberuhigter Bereich angelegt werden und entlang der Havel ein Fußweg entstehen. Ausdrücklich ist auch Beschlussinhalt, dass sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planungen unterrichten und hierzu äußern kann. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, mit der Ausarbeitung des Planentwurfes ein vom Investor benanntes Planungsunternehmen zu beauftragen, sobald sich der Investor rechtswirksam verpflichtet hat, die Kosten hierfür zu übernehmen.

Mit der Entscheidung der Stadtverordneten rückt nun die Chance in greifbare Nähe, dass die gegenwärtig in jeder Hinsicht störend wirkende Gewerbebrache auf dem Grundstück in der Neuendorfer Straße sinnvoll entwickelt werden kann und dass infolge der Investition eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, insbesondere für Frauen, entstehen werden.

Der Widerstand der Stadtführung und der CDU-Fraktion gegen das Vorhaben war aber auch in dieser Sitzung der SVV längst nicht gebrochen. Nachdem das Investitionsvorhaben bereits im Februar 2008 an die Oberbürgermeisterin herangetragen worden war, der Investor Gutachten zur Verträglichkeit des Vorhabens vorlegte und das Vorhaben mit einem Ablehnungsschreiben der städtischen Wirtschaftsförderung bedacht worden war, wurden in der Zwischenzeit viele Bedenken gegen das Vorhaben konstruiert.

In der SVV ging es letztlich noch um die rein juristische Diskussion, ob zu dem Vorhaben eine Vorprüfung zur Umweltverträglichkeit erforderlich wäre.

Hier standen sich die eindeutigen Aussagen eines Rechtsgutachtens und die erst in der Sitzung der SVV vorgelegten Ansichten der Stadtführung gegenüber. Die SPD-Fraktion ist nach eigener Prüfung der hier aufgeworfenen Rechtsfragen zu der Überzeugung gelangt, dass eine Vorprüfung, die das Verfahren nicht verhindern, aber immerhin verzögern könnte, nicht erforderlich ist. Das Bebauungsplanverfahren nach § 13 a BauGB soll gerade im Bereich der Innenentwicklung Verfahrenserleichterungen bringen und Hemmnisse abbauen. In der Fachliteratur werden diese Planungsinstrumente inzwischen als "die Renner im Planungsrecht" bezeichnet, sodass es sinnwidrig wäre, auf der einen Seite ein beschleunigtes und zügiges Verfahren zu gewähren und sozusagen durch die Hintertür wiederum Erschwernisse aufzuerlegen.

Die offensichtlich stabile Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung für das Vorhaben und zudem der erkennbare Umstand, dass der Investor an seinem Vorhaben festhält, sollte auch auf Seiten der Stadtführung zu der Einsicht führen, nicht die Ver- oder Behinderung des Vorhabens zu betreiben, sondern vielmehr die Verwaltungskompetenz in die Gestaltung des B-Planes einzubringen. Es wäre jetzt endlich Zeit, auch von Seiten der Stadtführung ein Interesse an der Entwicklung dieser städtischen Brachfläche erkennen zu lassen.

Norbert Langerwisch

## Mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger

### Die Stadtwache kommt im September 2009

Im Dezember 2008 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen, dass in der Brandenburger Innenstadt aufgrund der von vielen Bürgern unserer Stadt bemängelten Ordnungs- und Sicherheitssituation ein Anlaufpunkt geschaffen werden soll, wo Vertreter des Ordnungsamtes und der Polizei sich gemeinsam der Anliegen der Bürger annehmen.

In Vorbereitung auf die Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2009 wurde im Ausschuss Recht, Ordnung, Umwelt und Petitionen und auch im Hauptausschuss umfassend gemeinsam mit der Polizei über die Ordnung und Sicherheit in der Stadt Brandenburg an der Havel, insbesondere in der Innenstadt diskutiert.

Die SPD Fraktion sieht sich in ihrer Auffassung bestärkt, dass trotz wenig angestiegener Kriminalität in der City insbesondere der Ordnungszustand erhebliche Mängel aufweist. Dadurch wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bewohner, Besucher und Händler der Innenstadt erheblich beeinträchtigt.

Die SPD-Fraktion begrüßt die die vorgelegte Berichtsvorlage der Verwaltung. In den Diskussionen wurde deutlich dargelegt, dass wir erwarten, dass zeitnah mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ordnung und Sicherheit begonnen wird.

Der zuständige Ordnungsbeigeordnete Herr Brandt ließ bei vielen Stadtverordneten zeitweilig den Eindruck entstehen, dass er an einer zügigen Umsetzung des Beschlusses der SVV nicht interessiert ist, sagte aber zu, dass bis Ende September 2009 der Betrieb der Stadtwache aufgenommen werden wird.

Die SPD-Fraktion wird die Umsetzung und die Aufgabenwahrnehmung der Stadtwache kritisch begleiten und weiter darauf drängen, dass der Ordnungs- und Sicherheitszustand in unserer Innenstadt aber auch in den anderen Stadtteilen verbessert wird.

## Kurz informiert

### ***Veranstaltung zum Hauptbahnhof im Mai***

Ort, Datum und Uhrzeit werden noch rechtzeitig bekannt gegeben.

### ***„Fraktion vor Ort“ zum Thema „Auswirkungen des Stadtumbaus in Hohenstücken“***

Am Donnerstag, den 28. Mai um 18:00 Uhr findet die nächste „Fraktion vor Ort“ im Bürgerhaus Hohenstücken statt. Diesmal wollen wir mit allen interessierten und beteiligten Anwohnern, Firmen und Institutionen die Auswirkungen (Chancen) des Stadtumbaus in Hohenstücken diskutieren. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich dazu eingeladen.

### ***Bürgersprechstunden im Mai, 16.00 – 18.00 Uhr, SPD-Büro***

11. Mai mit Norbert Langwisch

25. Mai mit Ralf Holzschuher